



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

29. April 2024

Ägypten

Oberägypten: Häuser von christlichen Glaubensangehörigen in Brand gesetzt

Zahlreiche Häuser christlicher Glaubensangehöriger sollen am 23.04.24 in einem Dorf in der südlichen Provinz Minya in Brand gesetzt worden sein.

Grund für die konfessionelle Gewalt seien Baubestrebungen für eine neue Kirche gewesen, was auf Ablehnung bei muslimischen Dorfbewohnern stieß. Den Angaben eines koptisch-orthodoxen Bischofs zufolge hätten die Sicherheitskräfte die Situation unter Kontrolle gebracht und die Tatverdächtigen verhaftet.¹

Festnahme von friedlichen Protestierenderinnen in Solidarität mit Frauen in Sudan und Gaza

Am 23.04.24 sollen Medienangaben zufolge mindestens 16 Frauen von den Sicherheitsbehörden festgenommen worden sein, als sie friedlich vor dem UN-Frauenbüro in Kairo protestiert hatten.

Die Demonstrierenden, welche vor allem Journalistinnen, Menschenrechtsanwältinnen und Aktivistinnen waren, verurteilten die an Frauen verübten Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Streifen und in Sudan infolge der dortigen Konflikte. Laut den Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen lösten die Sicherheitsbehörden die Kundgebung gewaltsam auf. Am Folgetag sollen die Behörden alle inhaftierten Demonstrierenden wieder freigelassen haben.²

Afghanistan

Sicherheitslage

Zwischen dem 24.04. und 28.04.24 meldete die Nationale Widerstandsfront (NRF) mehrere Angriffe auf die Taliban in Kabul sowie einzelne Anschläge in den Provinzen Herat und Parwan. Auch die Afghanistan Freiheitsfront meldete am 28.04.24, vier Talibankämpfer in Kabul getötet zu haben.

Nach eigenen Angaben hat eine bewaffnete Oppositionsgruppe unter dem ehemaligen Vizepräsident Amrullah Saleh, die sich Afghanistan's Green Trend nennt, am 24.04.24 den Leiter der Kriminalpolizei eines Distrikts in der Provinz Laghman getötet. Es war das erste Mal, dass diese Gruppe die Tötung eines Talib erklärte.³

Verfolgungslage

Am 22.04.24 veröffentlichte das U.S. Department of State den jährlichen Bericht zur Menschenrechtssituation. Es werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen aufgelistet, unter ihnen extralegale Tötungen, lebensgefährliche Haftbedingungen, politische Gefangene, Sippenhaft, zahlreiche Einschränkungen von grundlegenden Freiheiten, ethnische Diskriminierung und Rekrutierung Minderjähriger. Frauenrechtsaktivistinnen weisen darauf hin, dass die Menschenrechtsverletzungen der Taliban weit über die dokumentierten Vorfälle hinausgehen.

Nach eigenen Angaben haben die Taliban am 22.04.24 in der Provinz Kapisa zwei des Diebstahls beschuldigte Personen öffentlich ausgepeitscht.

Am 22.04.24 wurde gemeldet, dass die Taliban einen aus der Provinz Panjshir stammenden ehemaligen General, der vor der Machtübernahme der Taliban in den Ruhestand gegangen war, und seinen Sohn verhaftet haben. Am 27.04.24 soll in der Provinz Parwan ein ehemaliger Polizist an den Folgen von Folter gestorben sein. Er war kurz vor seiner Verhaftung aus Iran ausgewiesen worden. Aus der Provinz Helmand wurde am 23.04.24 gemeldet, dass ein politischer Aktivist und seine zwei Söhne verhaftet wurden. Seine Organisation soll seit der Machtübernahme der Taliban nicht mehr aktiv gewesen sein. Einer der Söhne wurde wieder freigelassen.

Vom 24.04. bis 28.04.24 waren in der Provinz Khost drei Leiter von Radiosendern in der Haft der Taliban. Ihnen wurde vorgeworfen, Musik und Anrufe an Frauen gesendet zu haben.

Laut Medienberichten wurde am 26.04.24 in der Provinz Baghlan ein Ladenbesitzer unter dem Vorwurf der Unterstützung der NRF verhaftet. Laut Medienberichten soll am 27.04.24 in der Provinz Paktika ein 14-Jähriger gestorben sein, nachdem er im Gefängnis durch die Taliban angeschossen worden war.

Am 28.04.24 wurde aus der Provinz Khost gemeldet, dass die Taliban mindestens 200 lokal organisierte Schulen für Mädchen geschlossen haben sollen. Auch in anderen Provinzen sei es zu Schließungen gekommen.⁴

Humanitäre Lage

Aus der Provinz Herat wurde am 23.04.24 eine Heuschreckenplage gemeldet.

Es werden Tote und Schäden durch Starkregen in mehreren Provinzen und ein Erdbeben gemeldet.

Es werden wieder vermehrt afghanische Staatsangehörige aus Iran und Pakistan ausgewiesen; am 22.04. und 23.04.24 sollen es laut Taliban-Angaben insgesamt mehr als 3.000 Personen gewesen sein.⁵

Angola

HRW: Geplantes Sicherheitsgesetz untergräbt Menschenrechte

Die Menschenrechtsorganisation HRW hat am 24.03.24 einen Bericht mit Kritik an einem von der angolischen Regierung geplanten nationalen Sicherheitsgesetz veröffentlicht. HRW zufolge würde das Gesetz in seiner jetzigen Form eine übermäßige staatliche Kontrolle über private Institutionen und zivilgesellschaftliche Gruppen, einschließlich Medienorganisationen, ermöglichen und die Rechte auf Presse-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit untergraben.

Der Entwurf des Artikels 36 würde es Sicherheitskräften der Regierung ermöglichen, Radiosendern den Sendebetrieb zu untersagen oder Telekommunikationsdienste „unter außergewöhnlichen Umständen“ ohne Gerichtsbeschluss zu unterbrechen. Artikel 40 würde u.a. Mitarbeitende öffentlicher oder privater Unternehmen verpflichten, Vorgänge, die potentiell die nationale Sicherheit gefährden, zu melden.

Das Gesetz sei am 25.01.24 bei einer ersten Abstimmung im Parlament angenommen worden, läge derzeit zur Überprüfung bei einem Fachausschuss und solle der Legislative anschließend erneut zur finalen Abstimmung übergeben werden. Der Gesetzesentwurf sei nicht veröffentlicht worden, HRW habe aber einen aktuellen Entwurf prüfen können. HRW forderte die angolische Regierung auf, den Gesetzesentwurf entweder deutlich zu überarbeiten oder zurückzuziehen.⁶

Burkina Faso

HRW: Militär für über 200 Tote verantwortlich

Die Menschenrechtsorganisation HRW hat den Mitgliedern der burkinischen Armee am 25.04.24 in einem Bericht vorgeworfen am 25.02.24 in den Ortschaften Nondin und Soro der Provinz Yatenga im Norden Burkina Fasos mehr als 220 Zivilpersonen getötet zu haben. Unter den Getöteten sind Medienberichten zufolge mindestens 55 Kinder. Der Bericht stütze sich HRW zufolge auf rd. 20 Interviews mit Augenzeugen und Überlebenden, Vertretern der örtlichen Zivilgesellschaft sowie Mitgliedern internationaler Organisationen. HRW bezeichnet die Massentötungen als eine der schlimmsten Misshandlungen durch die burkinische Armee seit Beginn des Kampfs gegen dschihadistische Gruppierungen im Jahr 2015 und fordert eine unabhängige Ermittlung wegen möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bei den Massentötungen soll es sich um Vergeltungsmaßnahmen des Militärs handeln. Die Bewohnerinnen und Bewohner seien beschuldigt worden, bewaffnete Mitglieder

dschihadistischer Gruppierungen zu unterstützen. Die burkinische Militärregierung hat die Vorwürfe am 28.04.24 in einem Schreiben des Regierungssprechers zurückgewiesen.

Am 25.04.24 haben die burkinischen Behörden in einer Erklärung den Zugang zu den digitalen Plattformen BBC Africa, Voice of America und HRW wegen angeblicher Desinformationen über Gewalttaten des burkinischen Militärs für zwei Wochen gesperrt. Auch der Zugang zu TV5Monde, Le Monde, Ouest-France, The Guardian, Deutsche Welle und Agence Presse Afrique (APA) seien bis auf weiteres gesperrt worden. Sowohl internationale Akteure wie die EU oder die UN als auch Menschenrechtsgruppen haben Burkina Faso schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, darunter die Tötung und das gewaltsame Verschwindenlassen von Dutzenden von Zivilpersonen. Im November 2023 hatten unbekannte Akteure das Dorf Zaongo in der Region Centre-Nord überfallen und dabei Dutzende Zivilpersonen getötet (vgl. BN v. 13.11.23). Zeugenaussagen an HRW zufolge sei die burkinische Armee für die Todesopfer verantwortlich.⁷

Ecuador

Ein Anführer der Los Lobos wieder festgenommen

Am 22.04.24 haben Sicherheitskräfte mit Fabricio Colón Pico einen der Anführer der Los Lobos Gang gemeinsam mit vier weiteren Personen in der Provinz Pichincha festgenommen. Er war am 08.01.24 im Zuge eines Aufstands mit mehreren Gefangenen aus dem Gefängnis von Riobamba geflohen (vgl. BN v. 15.01.24). Er wird unter anderem beschuldigt, führend an der Planung der Tötung von Generalstaatsanwältin Salazar beteiligt gewesen zu sein.⁸

Georgien

Erneut Massenproteste gegen umstrittenes Gesetzesvorhaben

In Tiflis hat es erneut Massenproteste gegen ein geplantes „Gesetz zur ausländischen Einflussnahme“ gegeben. Bereits in den vergangenen Wochen sind Tausende Menschen dagegen auf die Straße gegangen. Nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP waren es bis zu 20.000 Demonstrierende, die sich mit georgischen und EU-Flaggen in der georgischen Hauptstadt am 28.04.24 versammelten und Richtung Parlament zogen. Andere Quellen sprachen von rund 10.000 Demonstrierenden. Die Kundgebung war von einem Bündnis aus Oppositionsparteien und Menschenrechtsgruppen organisiert worden. Dabei kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die auch Pfefferspray eingesetzt habe. Der Grund für die Proteste: Die Regierungspartei Georgischer Traum hatte Anfang April 2024 angekündigt, über den im März 2023 nach Massenprotesten zurückgezogenen Gesetzesentwurf erneut abstimmen zu wollen, wenn auch nun in leicht geänderter Fassung. Mitte April 2024 wurde die Vorlage in erster Lesung angenommen und soll voraussichtlich am 17.05.24 verabschiedet werden. Der Entwurf sieht vor, dass sich Organisationen, die zu mindestens 20 % aus dem Ausland finanziert werden, behördlich registrieren lassen müssen. Kritiker befürchten, dass ein solches Gesetz missbraucht werden könnte, um diese Geldflüsse zu stoppen und prowestliche Kräfte politisch zu verfolgen. Sie sehen darin Parallelen zum „Gesetz gegen ausländische Agenten“ in Russland, das es Behörden erlaubt, massiv gegen kritische Medien und Organisationen vorzugehen (vgl. BN v. 22.04.24).⁹

Irak

Gesetzesänderung: Homo- und Transsexualität strafbar

Das irakische Parlament hat am 27.04.24 eine Änderung des Anti-Prostitutionsgesetzes verabschiedet, welches von nun an Homo- und Transsexualität explizit unter Strafe stellt. Bislang gab es keine entsprechende Gesetzgebung in Irak.

Mindestens zehn und höchstens 15 Jahre Haft sind bei Verstößen fortan vorgesehen. Auch die „Unterstützung“ von Homosexualität wird mit einer Haftstrafe von sieben Jahren sowie einer Geldstrafe zwischen zehn und 15 Mio. IQD (7.111 bis 10.667 EUR, Stand 29.04.24) geahndet. „Verweiblichung“ wird fortan mit einer Haftstrafe von einem bis zu drei Jahren sowie einer Geldstrafe von bis zu zehn Mio. IQD (ca. 7.111 EUR) bestraft. Geschlechtsangleichende Operationen sind künftig ebenfalls strafbar und werden mit bis zu drei Jahren Haft für den Patienten oder die

Patientin sowie für die Ärztin bzw. den Arzt gehandelt. Begründet wurde das Gesetz mit der Bewahrung von Werten und Prinzipien der irakischen Gesellschaft.¹⁰

TikTok-Nutzerin getötet

Am 26.04.24 wurde die Influencerin „Um Fahad“, deren bürgerlicher Name Ghufuran Sawadi lautet, von einem bislang Unbekannten erschossen. Der Vorfall ereignete sich vor dem Wohnhaus Sawadis und wurde von einer Überwachungskamera aufgezeichnet. Darauf ist zu sehen, dass der Täter Sawadi aus nächster Nähe erschoss und anschließend auf einem Motorrad floh. Sawadi war eine Influencerin mit erhöhtem Bekanntheitsgrad und zeigte sich in ihren Videos oftmals in enger Kleidung beim Tanzen. Im Februar 2023 wurde sie wegen „Verstoß gegen den Anstand und öffentliche Moral“ zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt.

Frauen in Irak werden regelmäßig Opfer sogenannter „Ehrverbrechen“, die meist von Familienangehörigen begangen werden. Bei Frauen, die einen größeren Bekanntheitsgrad haben, werden derartige Verbrechen mitunter auch von Dritten begangen.¹¹

Todesstrafe vollzogen

Berichten zufolge wurden am 22.04.24 insgesamt 13 Personen im Zentralgefängnis Nasiriyya (Provinz Dhi Qar) hingerichtet. Alle Betroffenen waren wegen Terrorismus zum Tode verurteilt worden. Laut Amnesty International (AI) wurden elf Personen wegen Verbindungen zum IS verurteilt, zwei weitere Personen befanden sich bereits seit dem Jahr 2008 in Haft. Der Anwalt der Letztgenannten gab gegenüber AI an, dass seine Mandanten unter Folter zu Geständnissen gezwungen worden seien. Später waren Gerichtsakten nicht mehr einsehbar, da diese laut Angaben des zuständigen Gerichts zwischenzeitlich verloren gegangen waren.

AI kritisierte einerseits die Anti-Terror-Gesetzgebung als „vage“ und bemängelte andererseits die mangelnde Transparenz irakischer Behörden in Bezug auf Hinrichtungen. Diese werden zunehmend ohne Ankündigung und Benachrichtigung von Angehörigen oder Anwältinnen bzw. Anwälten durchgeführt.¹²

US-Regierung: Verschlechterung der Menschenrechtsslage in Irak und Autonomer Region Kurdistan (KR-I)

Die US-Regierung bewertet die Menschenrechtsslage im Jahr 2023 in Irak, einschließlich der KR-I, in ihrem am 22.04.24 erschienenen Bericht als Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr. Grund hierfür ist vor allem die Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten durch die Regierungen in Bagdad und Erbil. Im Bericht ist weiter u.a. die Rede von Einschränkungen der Meinungsfreiheit, inklusive Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten, rechtswidrigen Verhaftungen und Tötungen, lebensgefährlichen Haftbedingungen, Folter, Verschwindenlassen, Einschränkungen der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, weit verbreitete geschlechtsspezifische Gewalt, Gewalt gegen ethnische und religiöse und Minderheiten sowie Gewalt gegen LGBTIQ-Personen.¹³

Bevorstehende Rückführung von 700 IS-Anhängern aus Syrien

Die irakische Regierung hat am 27.04.24 verkündet, bis zum Ende des Monats rd. 700 Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit aus dem al-Hol-Lager in Nordostsyrien nach Irak zurückzuführen. Laut Regierungsangaben hat Irak bislang rd. 8.000 Personen aus Syrien zurückgeführt. Die meisten der Personen sind mutmaßliche IS-Unterstützer oder deren Familienangehörige. Diese Personengruppen erfahren bei der Rückkehr in ihre Heimatregionen häufig Ablehnung durch ihre (Stammes-)Gemeinschaft, die mitunter auch in körperliche Gewalt umschlagen kann.¹⁴

Iran

Todesurteil für Rapper Toomaj Salehi

Laut Medienberichten wurde am 23.04.24 der regimekritische Rapper Toomaj Salehi wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Protesten ab September 2022 im Zuge des Todes von Jina Mahsa Amini zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde vom Revolutionsgericht in Isfahan gefällt, das damit die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aufhob, wonach der Rapper für eine Amnestie in Frage gekommen wäre. Die iranische Justiz hat das Urteil noch nicht bestätigt. Der Anwalt von Salehi erklärte bereits, er werde gegen das Urteil Berufung einlegen. Salehi unterstützte mit seinen regimekritischen Texten und seiner Kritik an der systemischen Korruption und Unterdrückung die monatelangen Proteste ab September 2022. Er wurde im Oktober 2022 verhaftet, nachdem er

öffentliche Erklärungen zur Unterstützung der Proteste abgegeben und selbst an Demonstrationen teilgenommen hatte. Gemäß ausländischen Medienberichten verbrachte er während seiner Haft etwa acht Monate in Einzelhaft, hatte nur begrenzten Kontakt zu seinem Anwalt und wurde physisch und psychisch gefoltert. Am 10.07.23 wurde er zu mehr als sechs Jahren Haft verurteilt (vgl. BN v. 17.07.23), kam jedoch am 18.11.23 auf Kautionsfrei, nachdem der Oberste Gerichtshof Mängel in seinem ursprünglichen Urteil vom Juli 2023 festgestellt hatte. Salehi war zuvor zu einer Haftstrafe von sechs Jahren und drei Monaten wegen „Korruption auf Erden“ verurteilt worden. Auf diese Straftat kann die Todesstrafe stehen. Der Fall wurde zur erneuten Prüfung an die untere Instanz zurückverwiesen. Salehi wurde schließlich am 30.11.23 unter dem Vorwurf, er habe falsche Behauptungen ohne Beweise geäußert und Propaganda gegen das System verbreitet, erneut verhaftet und zu einem Jahr Haft, zwei Jahren Passenzug und der Teilnahme an einem Verhaltensmanagementkurs verurteilt. Die Tatvorwürfe beziehen sich Medienberichten zufolge auf ein Video, das er aufgenommen hatte, als er auf Kautionsfrei gewesen sei und in dem er beschrieb, dass er im Gefängnis gefoltert worden sei.¹⁵

Kurdische Sprachlehrerin zu elf Jahren Haft verurteilt

Medienberichten zufolge wurde am 20.04.24 eine kurdische Sprachlehrerin und Bürgerrechtsaktivistin zu insgesamt elf Jahren Haft verurteilt.

Soma Pourmohammadi wurde wegen der sogenannten Bildung von Gruppierungen gegen die nationale Sicherheit von einer Zweigstelle des Revolutionsgerichts in Sanandadsch im westlichen Iran zu zehn Jahren Haft verurteilt, die in einem Gefängnis in Kermanschah abgesessen werden müssen. Außerdem wurde sie von einem Strafgericht in Sanandadsch wegen Störung der nationalen Sicherheit zu einer einjährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Pourmohammadi ist Kurdischlehrerin und Mitglied des Kulturvereins Nojin, eines Vereins, der Kurse in kurdischer Sprache und Literatur anbietet. Der Verein fördert auch andere zivilgesellschaftliche und bildungspolitische Initiativen, insbesondere in abgelegenen Regionen ohne Schulen.

Pourmohammadi wurde am 18.01.22 festgenommen, als sie sich bei einem Gericht in Sanandadsch nach ihrem inhaftierten Ehemann, der ebenfalls in dem Verein Nojin aktiv gewesen war, erkundigte. Soma Pourmohammadi wurde am 13.02.2023 gegen eine Kautionsfrei von zehn Milliarden IRR vorübergehend bis zum Abschluss des Verfahrens freigelassen. Gegen das jetzige Urteil kann noch Berufung eingelegt werden.¹⁶

Jemen

US-Regierung: Menschenrechtsslage in Jemen unverändert schlecht

Die US-Regierung hat für das Jahr 2023 keine Verbesserung der Menschenrechtsslage in Jemen festgestellt. Hierfür nennt sie u.a. die nachfolgenden Menschenrechtsverletzungen: Rechtswidrige Verhaftungen und Tötungen, Verschwindenlassen, Folter und unmenschliche Behandlung, willkürliche Verhaftungen, lebensgefährliche Haftbedingungen, mangelnde Unabhängigkeit der Judikative, mangelnder Schutz von Zivilpersonen in Konflikten, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, Einschränkung der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit, Einschränkungen der Religionsfreiheit, (sexuelle) Gewalt gegen Frauen, inklusive Genitalverstümmelung und Zwangsheirat, Korruption, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, Menschenhandel, Zwangsarbeit, Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten sowie LGBTIQ-Personen.¹⁷

Kolumbien

Paz Total: Luftschläge gegen Estado Mayor Central, Verhandlungsvorbereitung mit Segunda Marquetalia

Am 25.04.24 sind laut Angaben des Verteidigungsministeriums mindestens 15 Mitglieder der Carlos Patiño Front der FARC-Splittergruppe Estado Mayor Central (EMC) bei Luftschlägen des Militärs in El Plateado, Cauca, getötet worden. Die Regierung hatte den Waffenstillstand mit verschiedenen Teilen des EMC in den Departments Nariño, Cauca y Valle del Cauca bereits im März 2024 nach Übergriffen auf die Zivilbevölkerung beendet (vgl. BN v. 18.03.24). Zuletzt ist zudem bestätigt worden, dass sich die dortigen unter dem Kommando Iván Mordiscos stehenden Akteure aus den Friedensverhandlungen mit der Regierung zurückgezogen haben (vgl. BN v. 22.04.24). Am 25.04.24 hat die Generalstaatsanwaltschaft zudem bekannt gegeben, dass Haftbefehle gegen neun führende Mitglieder der FARC-Dissidentengruppierung Segunda Marquetalia in Zusammenhang mit Friedensverhandlungen

aufgehoben worden sind. Im Februar 2024 war die Aufnahme eines entsprechenden Prozesses mit der Regierung vereinbart worden.¹⁸

Libyen

UN-Sondergesandter für Libyen tritt zurück

Laut Angaben der UN verkündete der UN-Sondergesandte und Leiter der UN-Unterstützungsmission für Libyen (UNSMIL), Abdoulaye Bathily, am 16.04.24 seinen Rücktritt.

Der ehemalige senegalesische Minister und UN-Diplomat war im September 2022 als Nachfolger des slowakischen Diplomaten Ján Kubiš zum Sondergesandten ernannt worden, nachdem Kubiš im November 2021 zurückgetreten war und von Dezember 2021 bis Juli 2022 die US-Diplomatin und ehemalige Leiterin der UNSMIL, Stephanie Williams, die Position übergangsweise übernommen hatte.

Laut Bathily habe die UNSMIL in den vergangenen 18 Monaten unter seiner Führung große Anstrengungen unternommen, um die strittigen Fragen hinsichtlich der Wahlgesetzgebung und der Bildung einer einheitlichen Regierung zu lösen, jedoch habe sich die Situation verschlechtert. Zugleich verurteilte er den mangelnden politischen Willen zur Veränderung des Status quo auf Seiten der wichtigsten politischen Akteure in Libyen.¹⁹

Aktivist stirbt in Haft

Medienberichten vom 21.04.24 zufolge starb ein politischer Aktivist während seiner Haft auf dem östlich von Benghazi gelegenen Militärstützpunkt Rajma, welcher von Einheiten Khalifa Haftars kontrolliert wird. Der Aktivist war im Oktober 2023 zusammen mit weiteren vier Aktivisten verhaftet und inhaftiert worden, ohne offiziell angeklagt oder vor ein Gericht gestellt worden zu sein. Laut der östlichen Behörde für innere Sicherheit habe sich der Betroffene bei einem Fluchtversuch tödlich verletzt. Die UNSMIL forderte eine transparente und unabhängige Untersuchung zum Tod des Aktivisten und die sofortige Freilassung aller willkürlich inhaftierten Personen.²⁰

Malediven

Ergebnisse der Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen am 21.04.24 gewann die Partei von Staatspräsident Mohamed Muizzu, der People's National Congress, mehr als zwei Drittel der 93 verfügbaren Parlamentssitze. Muizzu wurde im September 2023 zum Staatspräsidenten gewählt (vgl. BN v. 09.10.23), hatte mit acht Sitzen bisher jedoch keine Parlamentsmehrheit inne. Er will die Wirtschaftsbeziehungen mit China stärken und setzt sich für den Abzug von auf den Malediven stationierten indischen Militärs ein.²¹

Mali

Entführte Zivilpersonen freigelassen

Laut Medienberichten sollen am 16.04.24 mehr als 110 Zivilpersonen in Zentralmali von mutmaßlichen Dschihadisten entführt worden sein. Es soll sich bei den entführten Personen um die Fahrgäste von drei Bussen handeln. Die Busse waren von bewaffneten Männern auf der Strecke zwischen den Städten Bandiagara und Bankass gestoppt und in einen nahegelegenen Wald gebracht worden. Laut Medienberichten sollen am 24.04.24 mehrere Dutzend Personen freigelassen worden sein, verlässliche Zahlen seien aber noch nicht verfügbar. Ob noch Personen vermisst werden, ist somit ebenfalls unklar.²²

Montenegro

Gericht verhängt 40-jährige Höchststrafe für Frauenmord

Ein Gericht hat in einem erstinstanzlichen Prozess wegen Femizids die von der Staatsanwaltschaft geforderte Höchststrafe von 40 Jahren Haft verhängt und damit laut Medienberichten vom 15.04.24 ein härteres Vorgehen bei Frauenmorden signalisiert. Der Täter wurde u.a. des schweren Mordes und des illegalen Waffenbesitzes für

schuldig befunden. Laut Urteilsverkündung habe er eine 19-Jährige im September 2021 in deren Haus in Tuzi aus niederen Beweggründen und aus Egoismus getötet. Das Opfer hatte die Bedrohung zuvor mehrfach bei der Polizei angezeigt. In einem früheren anderen Femizidfall hatten NGOs und Menschenrechtsgruppen Ende des Jahres 2023 gegen die aus ihrer Sicht zu milde 12-jährige Haftstrafe protestiert (vgl. BN v. 18.12.23). Laut Berichterstattung plant die Regierung für das Jahr 2024 bezüglich des Tatbestands Femizid Änderungen im Strafgesetzbuch.²³

Korruptionsbekämpfung: Festnahmen hochrangiger Personen aus Antikorruptionsbehörde und Polizei

Laut Medienberichten wurde die Leiterin der montenegrinischen Antikorruptionsbehörde, Jelena Perovic, nach vorausgegangenen Ermittlungen der Sonderstaatsanwaltschaft wegen mutmaßlichen Finanzbetrugs am 17.04.24 in Untersuchungshaft genommen. Im Jahr 2023 hatte eine NGO Strafanzeige gegen Perovic wegen Amtsmissbrauchs erstattet. Die Verhaftung ist die jüngste in einer Reihe von Maßnahmen, die von der Sonderstaatsanwaltschaft eingeleitet wurden. Am 14.04.24 wurden der ehemalige leitende Sonderstaatsanwalt Milivoje Katnic und der ehemalige stellvertretende Polizeidirektor Zoran Lazovic unter dem Vorwurf der Gründung einer kriminellen Vereinigung und des Amtsmissbrauchs festgenommen. Bereits am 03.04.24 hatten die Behörden nach Amtshilfe durch Europol einen für Angehörige eines bekannten kriminellen Clans tätigen Rechtsanwalt wegen mutmaßlicher Beteiligung an Geldwäsche festgenommen.²⁴

Nigeria

Über 20 Todesopfer bei Attacken im Norden

Bei von bewaffneten Gruppierungen im äußersten Nordwesten und äußersten Nordosten verantworteten Attacken sind am 27.04.24 insgesamt mindestens 23 Mitglieder von Civilian Joint Task Force (CJTF)-Teams ums Leben gekommen. Das geht aus Berichten hervor, die sich auf Angaben von CJTF-Vertretern vom 28.04.24 berufen.

Bei dem Ereignis in der Local Government Area (LGA) Isa im nordwestlichen Bundesstaat Sokoto habe eine Bande, der insbesondere Entführungen zwecks Lösegelderpressung vorgeworfen werden, ein CJTF-Team überfallen und dabei mindestens 14 Personen getötet. Diese CJTF-Gruppe hätte kurz zuvor ein Lager derselben Bande zerstört.

Das andere Ereignis habe sich im nordöstlichen Bundesstaat Borno zugetragen. Das Fahrzeug eines CJTF-Teams sei über eine mutmaßlich von Mitgliedern der islamistischen Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) gelegte Mine gefahren. Bei der Explosion seien mindestens neun CJTF-Mitglieder getötet worden. Im Nordosten existieren CJTF seit dem Jahr 2013. Sie wurden gegründet um Gemeinden in der Region zu schützen und das Militär im Kampf gegen Boko Haram und später auch ISWAP zu unterstützen. Inzwischen gibt es CJTF auch in anderen nördlichen Bundesstaaten, auch und gerade um Entführungskriminalität zu bekämpfen. CJTF gelten als bedeutsam für die Sicherheitslage in mehreren Regionen Nigerias. Sie sind jedoch keine regulären staatlichen Sicherheitskräfte und unterstehen insbesondere nicht dem Militär. Die Begriffe Bürgerwehr und Volksmiliz bezeichnen ihr Selbstverständnis nur unvollständig und decken sich nur teilweise mit der Wahrnehmung ihrer Aktivitäten in der Bevölkerung. Kritische Stimmen verweisen auf Berichte über massive Vergehen von CJTF-Teams.²⁵

Niger State: Sechs Militärangehörige getötet

Unbekannte haben am 19.04.24 in der LGA Shiroro im nördlich-zentralen Bundesstaat Niger eine Patrouille der Armee überfallen und sechs Militärangehörige getötet. Entsprechende Medienberichte beziehen sich auf offizielle Angaben der Armee vom 21.04.24. Es handle sich nicht um den ersten Verlust, den bewaffnete kriminelle Banden dem Militär in der Region zugefügt hätten. Die staatlicherseits als Banditen bzw. Terroristen bezeichneten Mitglieder dieser Gruppierungen sind in mehreren Regionen des Bundesstaats aktiv und u.a. für Überfälle auf Dörfer verantwortlich. Am 13.08.23 hatten Unbekannte in der LGA Wushshi über zwei Dutzend Sicherheitskräfte getötet, darunter hochrangige Militärangehörige (vgl. BN v. 21.08.23). Niger State liegt als Nigerias flächenmäßig größter Bundesstaat im Westen der Middle Belt genannten Zone und grenzt an den Nordosten des Nachbarstaats Benins.²⁶

Pakistan

Khyber Pakhtunkhwa: Entführung eines Richters; Sicherheitslage

Laut Medienberichten vom 28.04.24 wurde ein für den Distrikt Süd-Waziristan zuständiger Richter von mehr als einem Dutzend bewaffneter Männer im zur Verwaltungseinheit Dera Ismail Khan gehörenden Distrikt Tank entführt. Dort befindet sich aufgrund der anhaltend angespannten Sicherheitslage in den ehemaligen Stammesdistrikten, insbesondere in denjenigen unmittelbar an der Grenze zu Afghanistan, das für Süd-Waziristan zuständige Gericht.

Die regionale Polizeistatistik der Provinz Khyber Pakhtunkhwa dokumentiert von Januar bis März 2024 insgesamt 25 bewaffnete Angriffe in Dera Ismail Khan, davon allein 17 im Distrikt Tank.²⁷

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Gazastreifen: Aktuelle Entwicklungen; humanitäre Lage

Die Kampfhandlungen im Gazastreifen, einschließlich Luftangriffe, dauern weiterhin an. Gleichzeitig werden immer wieder Raketen aus dem Gazastreifen in Richtung Israel abgefeuert, so zuletzt am 23.04.24, als vier Raketen von der israelischen Luftabwehr abgefangen wurden. Insgesamt sollen seit dem 07.10.23 mehr als 16.000 Geschosse aus dem Gazastreifen abgefeuert worden sein.

Bei israelischen Luftangriffen auf drei Häuser in Rafah, im Süden des Gazastreifens, wurden am 29.04.24 Angaben von Sanitärerinnen und Sanitätern zufolge mindestens 20 palästinensische Personen getötet.

Nahe der beiden Krankenhäuser Shifa in Gaza Stadt und Nasser in Khan Younis, wurden Massengräber mit den Leichen getöteter palästinensischer Personen gefunden. Im Umfeld und in den Einrichtungen der beiden Krankenhäuser hatten im Rahmen von Militäroperationen intensive Kämpfe stattgefunden. Auf entsprechende Vorwürfe reagierend, stritten israelische Behörden und das Militär das Ausheben von Massengräbern ab. Stattdessen sollen die Massengräber durch Palästinenserinnen und Palästinenser gegraben worden sein. Zum Zwecke der Identifizierung seien allerdings einige Leichen exhumiert worden, um zu bestimmen, ob es sich um menschliche Überreste der sich noch immer im Gazastreifen befindenden Geiseln handeln könnte.

Es sollen einer Untersuchung von Satellitenbildern durch das UN-Bildungscluster zufolge etwa 73 % der Bildungseinrichtungen im Gazastreifen entweder vollständig zerstört oder erheblich beschädigt worden sein. Darüber hinaus sollen 65 % der als Unterkünfte für Binnengeflüchtete genutzten Schulen direkt durch Angriffe getroffen oder im Verlauf des Krieges beschädigt worden sein.

WFP kündigte an, dass die drei Hungersnotmarker (Lebensmittelunsicherheit, Unterernährung, Sterblichkeit) innerhalb der nächsten sechs Wochen im Gazastreifen erreicht werden würden.²⁸

Westjordanland: Minderjähriger und zwei bewaffnete Personen getötet

Am 25.04.24 wurde ein 16-jähriger Palästinenser in Ramallah durch das israelische Militär erschossen, nachdem Militärangaben zufolge palästinensische Personen Steine auf die Soldatinnen und Soldaten geworfen haben sollen. Bei einem bewaffneten Angriff auf den im Norden des Westjordanlands gelegenen Grenzübergang zu Israel, wurden in der Nacht des 26.04.24 zwei bewaffnete Palästinenser getötet. Die Gruppierung Islamischer Jihad in Palästina (PIJ) bestätigte, dass mehrere Milizenangehörige den Grenzübergang attackiert hatten.²⁹

Republik Moldau

Neuer Anti-EU-Block

Der flüchtige moldauische Oligarch Ilan Shor gab am 21.04.24 in Moskau die Gründung seines neuen politischen Blocks „Victorie“ bekannt, der sich aus Vertretern jener Parteien zusammensetzt, die Shor in der Republik Moldau verdeckt unterstützt, darunter die Partei „Sansa“ als Nachfolgerin der im Jahr 2023 verbotenen Shor-Partei. Shor erklärte, dass sein Block sich dafür einsetzen wird, dass sich die Republik Moldau Russland annähert und den pro-europäischen Weg verlässt. Der neue Block beabsichtigt, bei den kommenden Wahlen an der Seite der pro-russischen Sozialistischen Partei Moldaus PSRM anzutreten, die vom ehemaligen pro-russischen Präsidenten Igor Dodon angeführt wird.³⁰

Anklage gegen Gagausiens Gouverneurin

Die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft der Republik Moldau erhebt Anklage gegen die pro-russische Regierungschefin der autonomen Region Gagausien, Evgeniya Guțul. Ihr wird die Beteiligung am systematischen Schmuggel von russischem Geld in die Republik Moldau in den Jahren 2019 bis 2022 vorgeworfen. Ziel sei es demnach gewesen, Wählerstimmen zu kaufen und politische Gruppen zu unterstützen, die mit dem verurteilten Oligarchen Ilan Shor verbunden sind. Mit den von einer organisierten kriminellen Gruppe in Russland bereitgestellten Geldern sollen von der Shor-Partei in Chisinau organisierte regierungsfeindliche Proteste finanziert worden sein.³¹

Sicherheitszone zwischen Moldau und Transnistrien

Die Republik Moldau hat am 26.04.24 den Vorschlag der abtrünnigen Region Transnistrien abgelehnt, einen weiteren Posten der Friedenstruppen am Dubasari-Wasserkraftwerk in der Sicherheitszone einzurichten. Sie verlangte zudem von den transnistrischen Behörden, alle anderen illegalen Posten zu entfernen, da sie ein Hindernis für die Freizügigkeit der Bevölkerung darstellen und von Unkenntnis der Grundsätze der Sicherheitszonenregelung zeugen. Nach Auffassung der Regierung in Chisinau gibt es keine Sicherheitsrisiken, die einen weiteren solchen Posten rechtfertigen. Die Arbeit der Einheitlichen Kontrollkommission, welche die gemeinsame Tätigkeit der Friedenstruppen durch Vertreter der Russischen Föderation, der Republik Moldau und der Region Transnistrien regelt, ist seit fast zwei Jahren blockiert, weil zahlreiche stationäre und mobile Posten ohne Zustimmung der Republik Moldau aufgestellt wurden.³²

Syrien

Nordosten: Raketen aus dem Irak

Am 21.04.24 sollen Medienberichten zufolge mindestens fünf Raketen aus dem Irak in Richtung einer US-amerikanischen Luftwaffenbasis nahe der Ortschaft Rmelan, im Nordosten Syriens, abgefeuert worden sein. Zunächst gab es keine Berichte über Opfer des Angriffs. Darüber hinaus blieb zunächst unklar, wer den Angriff durchführte.

Die Abschusseinrichtung, ein LKW mit einem Raketenwerfer auf der Ladefläche im Norden des Irak, wurde im Gegezug durch das US-Militär zerstört und die Reste des Fahrzeugs beschlagnahmt.³³

Togo

Parlaments- und Regionalwahlen: Wahlkampf beendet

In Togo haben die Kandidatinnen und Kandidaten am 28.04.24, dem Vorabend der anstehenden Parlaments- und Regionalwahlen, ihren Wahlkampf planmäßig beendet. Nachdem die Regierung die Wahlen mehrmals verschoben hatte, beginnt nun am 29.04.24 die Stimmabgabe in den Wahllokalen.

Die letzten Wahlen hatten die Oppositionsparteien boykottiert. Beim diesjährigen Wahlkampf kündigten die Oppositionsparteien jedoch an, die Regierungspartei Union pour la République (UNIR) herauszufordern. Obwohl die Regierungspartei bereits die Mehrheit im Parlament hat, könnten die Wahlen dennoch eine Gelegenheit für die Opposition darstellen, ihre Präsenz in der Nationalversammlung zu erweitern und dadurch mehr Einfluss auf zukünftige Entscheidungen zu erlangen. Einen Sieg der Opposition halten Wahlbeobachtende durch das repressive politische Umfeld jedoch für gering. Einer internationalen Nachrichtenagentur sei aus internen Quellen bekannt, dass der Togoischen Bischofskonferenz die Entsendung von unabhängigen Wahlbeobachtenden im ganzen Land durch die staatliche Wahlkommission verweigert worden sei.

Aus Zahlen der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission geht hervor, dass unter den 2.348 Parlamentskandidaturen auch 593 Frauen sind. Zu den Regionalwahlen ließen sich 438 Frauen aufstellen. Mehr als vier Mio. Menschen sind aus der Bevölkerung von rd. neun Mio. Menschen für die Stimmabgabe registriert.

Nachdem die Nationalversammlung am 19.04.24 eine neue umstrittene Verfassung verabschiedet hat (vgl. BN v. 22.04.24), finden die Wahlen in einem deutlich angespannten politischen Klima statt. Die neue Verfassung ersetzt das (semi-)präsidiale System fortan durch ein parlamentarisches System und bedeutet für Kandidatinnen und

Kandidaten, die sich unter der alten Verfassung aufstellen ließen, bei ihrer Wahl unter Umständen mit neuen konstitutionellen Aufgaben und Befugnissen konfrontiert zu sein.³⁴

Türkei

Festnahme von Journalistinnen und Journalisten

Laut Medienberichten wurden bei Razzien in drei Provinzen am 23.04.24 neun Journalistinnen und Journalisten festgenommen, die für pro-kurdische Nachrichtenmedien arbeiten.

In Istanbul wurden eine Journalistin der Mezopotamya Agency, und je ein Journalist der Zeitungen Yeni Yaşam und Yeni Özgür Politika sowie vier weitere Pressemitarbeitende festgenommen. In Ankara wurde ein Journalist der Mezopotamya Agency festgenommen. Außerdem wurde ein ehemaliger Korrespondent der Mezopotamya Agency bei einer Hausdurchsuchung in Urfa festgenommen. Im Nachgang der Festnahme schränkten die Behörden einen Kontakt der Inhaftierten mit ihren Anwälten und Anwältinnen ein.

In dem Verhaftungsbericht heißt es, dass die Journalistinnen und Journalisten Verbindungen zur PKK hätten. Außerdem habe die Polizei nach Angaben ihrer Anwältinnen und Anwälte der Fragen zu den Medieneinrichtungen, für die die Journalistinnen und Journalisten arbeiten, gestellt.

Gülistan Kılıç-Koçyiğit, die stellvertretende Vorsitzende der Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM), erklärte, die Festnahmen seien ein Angriff auf die Pressefreiheit und den am 22.04.24 abgehaltenen kurdischen Journalistentag, der dem Kampf für die freie Presse gewidmet gewesen sei.

Der 22. April ist der Jahrestag der ersten Ausgabe der Tageszeitung namens Kurdistan, die am 22.04.1898 veröffentlicht worden war. Aus diesem Anlass begehen kurdische Journalistinnen und Journalisten jedes Jahr den kurdischen Journalistentag.³⁵

Polizeidurchsuchung in Provinzbüro der DEM-Partei

In Batman wurde am 24.04.24 aufgrund eines anonymen Hinweises eine Polizeirazzia im Provinzbüro der pro-kurdischen DEM-Partei durchgeführt.

Nach Medienberichten vom 24.04.24 sei am 21.04.24 eine anonym verfasste E-Mail an die Direktion für Sicherheit, Informationstechnologien und Kommunikation der Provinz Batman gesandt worden. In dieser E-Mail sei darauf hingewiesen worden, dass im Provinzgebäude der DEM-Partei PKK-Fahnen und ein Foto von Abdullah Öcalan gesehen worden seien. In der E-Mail sei außerdem darum gebeten worden, etwas dagegen zu unternehmen und den Absender vertraulich zu behandeln. Die darauffolgende Razzia fand Medienberichten zufolge im Rahmen von Terrorermittlungen statt. Bei der etwa vierstündigen Durchsuchung sollen Dokumente und Fotos einiger getöteter PKK-Kämpfer beschlagnahmt worden sein. Nach der Durchsuchung versammelten sich DEM-Parteimitglieder vor dem Provinzbüro und der Co-Vorsitzende der DEM-Partei auf Provinzebene, Mustafa Mesut Tekik, gab eine Presseerklärung ab. Tekik erklärte, dass Manipulationen vorgenommen worden seien und versucht werde, die DEM-Partei zu kriminalisieren. Es seien laut Tekik legitime Kultur-, Kunst- und Literaturzeitschriften sowie Fotos der im Kampf für die Demokratie getöteten Menschen beschlagnahmt worden.³⁶

Ukraine

Zivile Opfer

Nach Angaben der Rettungsdienste im russisch kontrollierten Teil der Region Saporischschja wurden am 23.04.24 bei einem ukrainischen Drohnenangriff vier Menschen in einem Auto nahe der Stadt Melitopol getötet. Zudem wurden in der russisch besetzten Kleinstadt Pologi (Region Saporischschja) am 28.04.24 von den dortigen Behörden zwei weitere Tote durch ukrainischen Beschuss gemeldet. Medienberichten vom 26.04.24 zufolge starben bei russischen Angriffen in der Region Donezk sechs Personen, während die von Russland eingesetzten Behörden für die besetzten Gebiete der Süd- und Ostukraine vier Todesopfer vermeldeten. Laut Medienberichten vom 27.04.24 wurden bei einem russischen Angriff in der Region Sumy zwei Menschen getötet.

Einem OSZE-Bericht zufolge seien „hinreichende Gründe zur Annahme“ gefunden worden, dass Russland seit dem Jahr 2014 Tausende ukrainische Zivilisten illegal und systematisch inhaftiert. Diese sind Folter, sexueller Gewalt, Hunger und Durst ausgesetzt. Auch wurden Gefangene getötet wie im Fall des Massakers von Butscha im Jahr 2022.

Die hohe Zahl von Verhaftungen ukrainischer Zivilisten unter dem Vorwurf der Unterstützung der ukrainischen Armee bzw. Ablehnung der russischen Militäroperation scheint laut Bericht „ein bestimmendes Merkmal der russischen Strategie in den vorübergehend besetzten Gebieten zu sein“ – mit dem Ziel der Einschüchterung und Erzwingung kooperativen Verhaltens gegenüber der russischen Seite.³⁷

Kriegsgeschehen und Rekrutierung

Infolge eines russischen Raketeneinschlags wurde am 22.04.24 der Fernsehturm in Charkiw zerstört. Fernsehtürme wurden in der Ukraine bereits mehrfach beschossen, da einerseits dadurch der Zugang der Bevölkerung zu ukrainischen Quellen eingeschränkt wird. Andererseits sind die Türme auch Teil der zivilen und militärischen Kommunikationsinfrastruktur. Nach übereinstimmenden russischen und ukrainischen Militärangaben wurden im Zeitraum 20.04. bis 27.04.24 von russischer Seite verstärkt Infrastruktureinrichtungen der zentral- und westukrainischen Energieversorgung sowie der für die Lieferung westlicher Militärhilfe genutzten Eisenbahn attackiert. Präsident Selenskyj sprach zudem von russischen Angriffen auf das Gas-Transitsystem, durch das EU-Länder beliefert werden.

Am 24.04.24 unterzeichnete US-Präsident Joe Biden das im Kongress heftig umstrittene Hilfspaket für die Ukraine im Umfang von 61 Mrd. USD. Laut Biden wird noch in derselben Woche mit der Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine begonnen. Unterdessen haben die russischen Streitkräfte ihre Angriffe auf Charkiw verstärkt. Zugleich versuchen nach ukrainischen Militärangaben 20.000 bis 25.000 russische Truppen in einer Großoffensive die Stadt Tschasiw Jar einzunehmen. Im Umfeld der besetzten Stadt Awdijiwka gelang es russischen Truppen, in zehn Tagen fünf Kilometer vorzurücken. Der ukrainische Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskij berichtet von einem taktischen Rückzug aus mehreren Dörfern nach Westen und bezeichnet die operativ-strategische Lage an der Ostfront als schwierig. Die Offensive zielt Medienberichten zufolge darauf ab, Territorium zu erobern, bevor neue westliche Militärhilfe eintrifft.

Nach Schätzungen des statistischen Amtes der EU, Eurostat, waren im Januar 2024 ca. 860.000 erwachsene ukrainische Männer in der EU registriert. Vor dem Hintergrund des unter anderem damit einhergehenden Personalmangels in den Streitkräften gab das ukrainische Außenministerium am 24.04.24 die Aussetzung konsularischer Dienstleistungen für im Ausland lebende Männer im wehrfähigen Alter (18 bis 60 Jahre) bekannt. Folglich wurde damit die Ausstellung neuer Reisepässe per Gesetz gestoppt bis das neue Mobilisierungsgesetz umgesetzt ist. Nach Ministeriumsangaben gilt die Aussetzung der Passausstellung nur für neue Anträge. Bereits eingereichte Anträge sollen weiterhin berücksichtigt werden. Die Verlängerung abgelaufener Pässe sowie die Ausstellung neuer Pässe erfolgen künftig für die genannte Zielgruppe nur noch innerhalb der Ukraine. Polen und Litauen haben bereits angekündigt, der Ukraine dabei helfen zu wollen, männliche Bürger im wehrfähigen Alter zur Rückkehr zu bewegen. Das polnische Parlament wird sich in Kürze mit entsprechenden Vorschriften befassen, wonach alle Ukrainer einen gültigen Reisepass vorlegen müssen, um in Polen Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Bislang können sie dies tun, indem sie auch andere Dokumente zum Nachweis ihrer Identität vorlegen.³⁸

Korruptionsverdacht gegen Minister und Freilassung verschleppter Kinder

Der ukrainische Landwirtschaftsminister Mykola Solskyj wurde kurzzeitig in U-Haft genommen und am 26.04.24 gegen eine Kautionszahlung in Höhe von 1,9 Mio. USD vorerst freigelassen. Er wird von der ukrainischen Antikorruptionsbehörde NABU verdächtigt, sich vor seiner Amtszeit als Agrarunternehmer und unter behördlicher Mitwirkung unrechtmäßig Staatsgrundstücke im Wert von sieben Mio. USD übereignet zu haben. Solskyj bestreitet den Vorwurf. Sein Rücktrittsangebot wird demnächst vom Parlament geprüft.

Laut Medienangaben vom 25.04.24 dankte Präsident Selenskyj Katar für dessen Vermittlung bei der Freilassung von 16 nach Russland verschleppten ukrainischen Kindern. Der russischen Kinderrechtsbeauftragten Marija Lwowa-Belowa zufolge sind auch russische Kinder nach Russland zurückgebracht worden. Die Vereinbarung habe vorgesehen, dass 29 Kinder in die Ukraine und 19 nach Russland gebracht werden sollten. Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmytro Lubinez konnte diese Information nicht bestätigen. Gegen Lwowa-Belowa liegt im Zusammenhang mit der Entführung ukrainischer Kinder nach Russland ein im Jahr 2023 vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ausgestellter Haftbefehl vor. Die ukrainische Regierung geht von über 19.000 verschleppten Kindern aus. Bislang wurden erst 400 zurückgebracht.³⁹

Venezuela

Neue Sperrungen von Oppositionspolitikern für öffentliche Ämter; Sanktionsverschärfungen

Der Oberste Rechnungshof hat mittels Veröffentlichung eines auf den 16.04.24 datierten Dokuments fünf weitere Oppositionspolitikern für die Ausübung jeglicher öffentlichen Ämter gesperrt. Während vier Personen (Josy Fernández, Elías Sayegh, Tomás Guanipa und Carlos Ocariz) für 15 Jahre gesperrt worden sind, soll die Sperre für Juan Carlos Caldera zwölf Monate andauern. Gründe für diese Entscheidung sind in der Übersicht nicht genannt. Zuletzt hatten die USA Öl- und Gassanktionen wieder verschärft, welche im Rahmen des Barbados-Abkommens im Gegenzug für politische Zusagen Venezuelas temporär gelockert worden waren.⁴⁰

Vietnam

Rücktritt des Parlamentspräsidenten

Nach Staatspräsident Vo Van Thuong im März 2024 (vgl. BN v. 25.03.24) beantragte Parlamentspräsident Vuong Dinh Hue am 26.04.24 seinen Rücktritt. Wenige Tage zuvor wurde sein engster Mitarbeiter wegen Korruptionsvorwürfen festgenommen. Der Posten des Parlamentspräsidenten zählt zu den vier höchsten politischen Ämtern („vier Säulen“) des Landes. Im Zuge einer groß angelegten Antikorruptionskampagne der Kommunistischen Partei Vietnams wurden seit dem Jahr 2016 mehrere hochrangige Beamte abgesetzt, Hunderte Staatsbedienstete wurden diszipliniert oder inhaftiert.⁴¹

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

- 1 The New Arab: Muslim extremists reportedly burn down Christian homes in southern Egypt, 24.04.24; Catholic News Agency: Arsonists burn down homes of Egypt's beleaguered Christians, 24.04.24.
- 2 The New Arab: Egypt detains at least 16 women protesting for Sudan, Gaza outside UN office, 24.04.24; Barron's: Egypt Releases 18 Detained At Anti-war Protest: Lawyer, 24.04.24; Middle East Eye: Egypt detains women protesting Israel's war on Gaza outside UN Women office in Cairo, 23.04.24.
- 3 Afghanistan International: Attack on Taliban Checkpoint in Kabul Leaves 1 Dead, Claims NRF, 25.04.24; Hasht-e Subh: جبهه مقاومت مدعی کشتن یک طالب در کابل شد [Resistance Front claims to have killed one Talib in Kabul], 28.04.24; Hasht-e Subh: جبهه مقاومت ملی: سه جنگجوی طالبان را در کابل کشتیم [National Resistance Front: We have killed three Taliban fighters in Kabul], 28.04.24; Hasht-e Subh: جبهه مقاومت مدعی کشتن دو جنگجوی طالبان در کابل شد [Resistance Front claims killing of two Taliban fighters in Kabul], 27.04.24; Hasht-e Subh: ادعای جبهه مقاومت: دو جنگجوی طالبان را در هرات کشتیم [Claim by Resistance Front: We have killed two Taliban fighters in Herat], 27.04.24; Hasht-e Subh: ادعای جبهه مقاومت: دو عضو طالب را در کابل کشتیم [Claim by Resistance Front: We killed two Taliban in Kabul], 27.04.24; Hasht-e Subh: ادعای جبهه مقاومت: سه طالب را در کابل و پروان کشتیم [Claim by Resistance Front: We killed three Taliban in Kabul and Parwan], 25.04.24; Hasht-e Subh: جبهه مقاومت ملی مدعی کشتن دو جنگجوی طالبان در کابل شد [National Resistance Front claimed to have killed two Taliban fighters in Kabul], 25.04.24; Hasht-e Subh: چهار جنگجوی طالبان را در کابل کشتیم [Freedom Front: We killed four Taliban fighters in Kabul], 28.04.24; Afghanistan International: Local Taliban Security Official Killed In Laghman Province, Reports AGT, 24.04.24.
- 4 USDOS: Afghanistan 2023 Human Rights Report, 22.04.24; Kabul Now: Activists Call Reports of Rape in Taliban Prisons a Fraction of the Atrocities, 24.04.24; Afghanistan International: Taliban Flogs 2 Individuals Publicly In Kapisa Province, 23.04.24; Kabul Now: Taliban Detains Former Army General and His Son, 22.04.24; Hasht-e Subh: یک نظامی پیشین یک روز پس از آزادی از زندان [A former soldier died one day after being released from a Taliban prison in Parwan], 27.04.24; Afghanistan International: Taliban Detains Activist For Political Activity In Helmand Province, 23.04.24; Kabul Now: Taliban Detains Journalists for Airing Music and Communicating with Women Audience, 25.04.24; Hasht-e Subh: خبرنگاران بازداشت شده در خوست [Journalists arrested in Khost were released], 28.04.24; Hasht-e Subh: طالبان یک دکاندار را در بغلان به اتهام همکاری با جبهه مقاومت بازداشت کردند [Taliban have arrested a shopkeeper in Baghlan on charges of collaborating with the resistance front], 28.04.24; Hasht-e Subh: یک نوجوان در زندان استخبارات طالبان در پکتیکا به قتل رسید [A teenager was killed in the Taliban intelligence prison in Paktika], 27.04.24; Hasht-e Subh: ادامه وضع محدودیت بر دختران دانش آموز؛ طالبان صنف های آموزشی محلی را در خوست بستند [Continuation of restrictions on female students; Taliban closed local schools in Khost], 28.04.24.

- 5 Kabul Now: Locust Invasion Threatens Farmers' Livelihoods in Herat, 23.04.24; ToloNews: Nearly 70 Schools, Madrassas in Uruzgan Destroyed by Rains, Floods, 25.04.24; Hasht-e Subh: ۱۷ خانواده مفقود شدند [17 families went missing after heavy rains and floods in Takhar], 28.04.24; Hasht-e Subh: طالبان: سیلاب‌های اخیر در کشور جان هشت تن را گرفته است [Taliban: Recent Floods in the country have claimed eight lives], 28.04.24; Hasht-e Subh: بارندگی و سرازیر شدن سیلاب در چهار ولایت [Rainfall and flooding in four provinces have taken two lives and left huge financial losses], 29.04.24; Hasht-e Subh: خسارات هنگفت مالی برجا گذاشت [Floods in four provinces have killed three people and have left huge financial losses], 25.04.24; Hasht-e Subh: طالبان: چهار تن در اثر لغزش کوه در [Taliban: four people died due to a mountain slide in Lagham], 27.04.24; Afghanistan International: Over 1,000 Afghan Refugees Deported From Pakistan, Says Taliban, 24.04.24; Afghanistan International: Over 3,000 Refugees Repatriated From Iran & Pakistan, Says Taliban, 23.04.24.
- 6 HRW: Angola. Proposed Security Law Threatens Rights, 23.04.24.
- 7 Reuters: Burkina Faso suspends BBC, VOA radio broadcasts over killings coverage, 26.04.24; Reuters: Burkina Faso army executed over 220 villagers in February, HRW says, 25.04.24; Africa News: Burkina Faso Suspends BBC and Voice of America, 26.04.24; Le Monde Afrique: Au Burkina Faso, la BBC et Voice of America suspendues pour deux semaines, 26.04.24; DW: Burkina Faso: Army accused of executing civilians, babies, 25.04.24; Jeune Afrique: BBC et Voice of America suspendues deux semaines au Burkina Faso, 26.04.24; Jeune Afrique: HRW accuse l'armée burkinabè d'avoir exécuté plus de 220 civils, 25.04.24; The Guardian: Burkina Faso soldiers massacred 223 civilians in one day, finds rights group, 25.04.24; BBC: Burkina Faso army massacred 223 villagers in revenge attack – HRW, 25.04.24; DPA: Burkina Faso weist Massaker-Vorwürfe gegen Armee zurück, 28.04.24; DPA: NGO wirft Armee in Burkina Faso Massaker mit 223 Toten vor, 25.04.24; Reuters: Burkina Faso suspends more foreign media over killings coverage, 28.04.24.
- 8 El País: Noboa da un nuevo golpe en seguridad tras el referéndum con la detención del líder criminal Colón Pico, 23.04.24; CNN Español: Recluyen en prisión de máxima seguridad a Fabricio Colón Pico, sospechoso de organizar un supuesto plan para matar a la fiscal de Ecuador, 23.04.24; Primicias: Fabricio Colón Pico, líder de Los Lobos, fue recapturado en Puerto Quito, 22.04.24.
- 9 Tagesschau.de: Erneut gehen in Georgien Tausende auf die Straße, 29.04.24; orf.at: Demonstranten kämpfen für Westkurs, 29.04.24; RFE/RL: Georgians Again Protest Against 'Russian-Style Foreign Agents Law', 28.04.24.
- 10 Tagesschau: Irak stellt homosexuelle Beziehungen unter Strafe, 28.04.24; Rudaw: Iraqi parliament passes controversial anti-LGBT+ amendments, 28.04.24.
- 11 Rudaw: Iraqi female TikTok star shot dead in Baghdad, 28.04.24; BAMF: Kurzinformation Irak. Geschlechtsspezifische Gewalt, Mai 2023, S. 5.
- 12 Amnesty International: Iraq: At least 13 people executed amid alarming lack of transparency, 24.04.24.
- 13 USDOS: 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Iraq, 22.04.24.
- 14 Rudaw: Iraq to repatriate over 700 ISIS-linked people from Rojava, 28.04.24; UNIDIR: Coming Home: The Return and Reintegration of Families with Perceived ISIL Affiliation in Iraq, April 2023, S. 17-18.
- 15 Reuters: Iran sentences rapper Toomaj Salehi to death over 2022-23 unrest, 24.04.24; Iranwire: Iranian Rapper Toomaj Salehi Sentenced to Death, 24.04.24; Iran Human Rights: IHRNGO Condemns Rapper Toomaj Salehi's Death Sentence and Calls for International Reaction, 24.04.24; Iran International: Iranian Dissident Rapper Sentenced To Death, 24.04.24; Iran International: Who Is Toomaj – And Why Iran's Government Wants Him Dead, 25.04.24; ANF News English: Iranian court sentences rapper Tumac Salihi to death, 25.04.24; Rudaw: Iranian rapper sentenced to death over aiding protests: Media, 25.04.24; Euronews: Iran, Mahsa Amini protestolarını destekleyen rapçi Toomaj Salehi'yi idama mahkum etti [Iran sentences rapper Toomaj Salehi to death for supporting Mahsa Amini protests], 24.04.24; Neue Zürcher Zeitung: Iran verschärft die Repression: Rapper Toomaj Salehi zum Tode verurteilt, 26.04.24; TAZ: Der Sohn der Nation, 25.04.24; The New York Times: Court in Iran Sentences Prominent Rapper to Death, His Lawyer Says, 25.04.24; Radio Free Europe/Radio Liberty: Iran Sentences Dissident Rapper To Death, 24.04.24; BBC News Farsi: «دید» [Who is Tomaj Salehi? An engineer who saw a "loser" in the coffee system], 24.04.24.
- 16 Rudaw: Iranian court sentences Kurdish language teacher to 11 years, 21.04.24; ANF News Deutsch: Rojhilat: Zehn Jahre Haft wegen Kurdisch-Unterricht, 21.04.24; ANF News English: Kurdish teacher sentenced to ten years in prison in Iran, 21.04.24; Hengaw Organization for Human Rights: Iranian Judiciary sentenced a Kurdish language lecturer from Sanandaj to 11 years of imprisonment, 21.04.24; Hawar News Agency: Iran sentences a Kurdish language teacher to 10 years in prison, 21.04.24; Kurdistan Human Rights Network: Kurdish language teacher sentenced to 10 years in prison, 22.04.24; Iranwire: Kurdish Teacher Sentenced to 11 Years in Prison in Iran, 22.04.24.
- 17 USDOS: 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Iraq, 22.04.24.
- 18 El País: "Si es guerra, es guerra": 15 muertos del Estado Mayor Central por un ataque con artillería del Ejército, 26.04.24; Reuters: Colombia arrest warrants suspended for nine Segunda Marquetalia leaders, 26.04.24; Reuters: Colombia announces start of peace process with Segunda Marquetalia rebel faction, 09.02.24.
- 19 Qantara.de: "Dangerous status quo" – UN Special Envoy resigns, 22.04.24; France24: UN's Libya envoy Bathily resigns citing stalled political progress, 17.04.24; United Nations Support Mission in Libya: Remarks by SRSG Abdoulaye Bathily to the security council – 16 April 2024, 16.04.24; Associated Press: UN Chief Appoints Senegal's Bathily to Head UN Libya Mission, in: Voice of America, 03.09.22; United Nations: Mr. Abdoulaye Bathily of Senegal – Special Representative for Libya and Head of the United Nations Support Mission in Libya, 02.09.22; United Nations: Secretary-General Appoints Stephanie Williams of United States Special Adviser on Libya, 06.12.21.

-
- 20 UN in Libya urges probe into death of detained activist, 21.04.2024; Arab News: UN urges probe into Libyan activist's death in custody, 21.04.24.
 - 21 Deutschlandfunk: Pro-China-Partei gewinnt Parlamentswahlen auf den Malediven, 23.04.24; The Guardian: Pro-China party wins landslide victory in Maldives parliamentary elections, 22.04.24; Independent: Maldives president's pro-China party wins control of parliament in setback to India, 22.04.24; Zeit Online: Prochinesische Partei holt Mehrheit bei Parlamentswahlen auf Malediven, 22.04.24; Raajje Television: EC announces final results of parliamentary elections 2024, 26.04.24.
 - 22 AfricaNews: Mali: Dozens of passengers abducted by suspected jihadists near Bandiagara freed, 25.04.24; Le Monde: Au Mali, plus de 110 civils retenus par des « djihadistes » présumés depuis six jours, 22.04.24; The Defense Post: 'Jihadists' Kidnapped Over 110 Civilians in Mali: Sources, 22.04.24.
 - 23 Balkan Insight Online: Montenegro Court Imposes Maximum 40-Year Sentence for Femicide, 15.04.24.
 - 24 Balkan Insight Online: Head of Montenegro's Anti-Corruption Agency Arrested, 17.04.24; Balkan Insight Online: Montenegro Ex-Chief Prosecutor, Ex-Police Boss, Face Organised Crime Charges, 15.04.24; DDT-NET.COM: Former special prosecutor of Montenegro arrested, 14.04.24; OCCRP: Montenegro Nabs Alleged Kavač Clan Lawyer, 05.04.24.
 - 25 Reuters: At least 23 civilian force members killed in northern Nigeria, officials say, 28.04.24; VOA: Officials – 23 civilian force members killed in northern Nigeria, 28.04.24.
 - 26 TheCable: Army – How four soldiers, two officers were killed by terrorists in Niger state, 21.04.24; Reuters: Gunmen kill six Nigerian soldiers in ambush, army says, 22.04.24; VOA: Bandit ambush kills six troops in central Nigeria, 22.04.24; Punch Newspapers: Army vows revenge after terrorists kill six soldiers, 22.04.24.
 - 27 RFE/RL's Radio Mashaal: Senior Judge Kidnapped By Armed Men In Northwestern Pakistan, 28.04.24.
 - 28 DPA: Neue Raketenangriffe aus Gaza auf israelische Grenzzorte, 23.04.24; UN OCHA oPt: Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #158, 26.04.24; Bildungscluster, Save the Children, UNICEF: Verification of damages to schools based on proximity to damaged sites - Gaza, Occupied Palestinian Territory, 25.04.24; Reuters: Israel kills at least 20 Palestinians in Rafah, new Gaza ceasefire talks expected in Cairo, 29.04.24; Associated Press: UN calls for investigation into mass graves uncovered at two Gaza hospitals raided by Israel, 24.04.24; UN: Global Network Against Food Crises (GNAFC) - Press Conference: Global Report on Food Crises 2024, 24.04.24; CNN: Almost 400 bodies have been found in mass grave in Gaza hospital, says Palestinian Civil Defense, 25.04.24; Reuters: Israel will scale up amount of aid going into Gaza, military says, 28.04.24;
 - 29 UN OCHA oPt: Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #158, 26.04.24; dpa: Zwei Palästinenser bei Angriff auf israelischen Kontrollposten getötet, 27.04.24; Reuters: Israeli soldiers kill two Palestinian gunmen in West Bank, military says, 27.04.24.
 - 30 BalkanInsight: Moldovan Fugitive Oligarch Launches New Anti-EU Bloc in Moscow, 22.04.24.
 - 31 BalkanInsight: Moldova Prosecutors Send Crime File on Gagauzia Governor to Court, 24.04.24.
 - 32 BalkanInsight: Moldova Condemns Breakaway Region's Push for New 'Security' Post, 26.04.24.
 - 33 Reuters: Five rockets fired from Iraq towards U.S. military base in Syria, 22.04.24; Associated Press: The Latest | Failed rocket strike launched on US-led coalition forces base in Syria, 23.04.24; Enab Baladi: Missile attack targets US base in Syria, 22.04.24.
 - 34 Africanews: Campaigning in Togo ends Sunday ahead of legislative and regional elections, 28.04.24; Africanews: Togo. Expectations are high for Monday's legislative polls despite controversy, 26.04.24; Africanews: Togo. Women candidates campaign ahead legislative and regional elections, 23.04.24; Deutsche Welle: Togo's battle for democracy amid constitutional controversy, 27.04.24; Le Monde: Elections au Togo. L'opposition entre mobilisation et crainte de répression, 24.04.24; Munzinger Länder: Togo. Grunddaten, Geographie, Bevölkerung, 25.07.23; RFI: Togo heads to polls amid claims of power grab by President Gnassingbé, 29.04.24.
 - 35 Bianet English: Nine Kurdish journalists detained in house raids, 23.04.24; ANF News Español: Prorrogado el periodo de detención de 9 periodistas, 24.04.24; Yeni Yaşam: Gözaltındaki gazetecilere skandal sorular: Basın toplantısına neden katıldın? [Scandalous questions to detained journalists: Why did you attend the press conference?], 25.04.24; Mezopotamya Agency: Journalists accused of their news, 26.04.24; Turkish Minute: 9 Kurdish journalists detained in police raids in Turkey, 23.04.24; MLSA: MLSA lawyers challenge detention and restrictions on nine journalists arrested in Turkey, 24.04.24; Stockholm Center for Freedom: 9 Kurdish journalists detained in police raids in Turkey, 24.04.24; ANF News: Detention period of 9 journalists extended, 24.04.24.
 - 36 Bianet English: DEM Party Batman provincial office raided by police, 24.04.24; NTV: Batman'da DEM Parti il binasında arama yapıldı [DEM Party provincial building searched in Batman], 24.04.24; Habertürk: DEM Parti Batman İl Eş Başkanı, gözaltına alındı [DEM Party Batman Provincial Co-Chair detained], 25.04.24; Gazete Duvar: DEM Parti Batman il binasına baskın: 'Terörist kitapları okuyorlardı muhtemelen' [DEM Party raids Batman provincial office: 'They were probably reading terrorist books'], 24.04.24.
 - 37 The Guardian: Ukraine war briefing: US funding to rearm Ukrainian military finally a reality, 24.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Kyiv pulls back Abrams tanks due to drone raids and losses, says US, 26.04.24; Tagesschau.de: OSZE-Bericht listet schwere Verbrechen gegen ukrainische Gefangene auf [Liveblog], 25.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Hospitals in Kyiv evacuated over fears of Russian strikes, 27.04.24; Tagesschau.de: Von Russland eingesetzter Gouverneur meldet Tote in Region Saporischschja [Liveblog], 28.04.24.

-
- 38 Tagesschau.de: Fernsehturm in Charkiw nach Angriff eingestürzt [Liveblog], 22.04.24; Tagesschau.de: Russland: 35 Langstrecken-Angriffe binnen einer Woche [Liveblog], 27.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Hospitals in Kyiv evacuated over fears of Russian strikes, 27.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Russian airstrikes pound central and western Ukrainian power facilities, 28.04.24; Tagesschau.de: Selenskyj beklagt russische Angriffe auf Gas-Transitnetz [Liveblog], 27.04.24; RFE/RL: Biden Signs Ukraine Aid Package, Says Weapons Shipments To Start In Coming Hours, 24.04.24; Tagesschau.de: Ukrainischer Kommandeur: Lage an Front schwierig [Liveblog], 27.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Russian pressure forces Ukrainian retreat from three villages, 29.04.24; RFE/RL: Ukrainian Mobile Pharmacy Provides Lifeline For Isolated Kharkiv Residents, 23.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: US funding to rearm Ukrainian military finally a reality, 24.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Long-range Atacms already hitting Russian forces, 25.04.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Kyiv pulls back Abrams tanks due to drone raids and losses, says US, 26.04.24.
- 39 RFE/RL: Ukrainian Agriculture Minister Released After Posting Bail, 26.04.24; Tagesschau.de: Korruptionsverdacht bei Landwirtschaftsminister Solskyj [Liveblog], 23.04.24; Tagesschau.de: Ukraine und Russland vereinbaren Austausch vertriebener Kinder [Liveblog], 24.04.24; Tagesschau.de: Freilassung verschleppter Kinder vermittelt [Liveblog], 25.04.24.
- 40 Efecto Cocuyo: Contraloría General inhabilita a cinco dirigentes de oposición: Caldera, Fernández, Guanipa, Ocariz y Sayegh, 24.04.24; Crónica Uno: Dos alcaldes y tres dirigentes opositores son los nuevos inhabilitados por la Contraloría, 24.04.24; DW: Oposición venezolana denuncia nuevas inhabilitaciones, 25.04.24; Reuters: US to reimpose oil sanctions on Venezuela over election concerns, 18.04.24; El País: Estados Unidos reactivará las sanciones a Venezuela a partir del jueves si no hay progresos electorales, 16.04.24.
- 41 Taz: Politiker-Rücktritte in Vietnam. Aus vier werden eineinhalb, 26.04.24; Al Jazeera: Hear of Vietnam's parliament resigns amid corruption crackdown, 26.04.24; VOA News: Vietnam Parliament chief resigns amid anti-corruption probe, 26.04.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-0682

Stand

KW 18/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de